DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

Deutscher Naturschutzring e.V. | Marienstraße 19-20 | 10117 Berlin

Friedrich Merz
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Ihre Ansprechperson
Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident

Marienstraße 19-20
10117 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 678 1775 909
Fax +49 (0)30 / 678 1775 80
niebert@dnr.de

www.dnr.de

Berlin, 13.10.2026

Keine Verschiebung der EU-Methanverordnung: Deutschland muss Rückgrat zeigen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

die Methanverordnung ist beschlossenes europäisches Recht und ein zentraler Baustein wirksamer Klimapolitik. Große Teile des extrem klimaschädlichen Methans entlang der Öl- und Gaslieferketten lassen sich vermeiden. Besonders wichtig sind die Importvorgaben, die ab dem 1. Januar 2027 gelten sollen: Sie erfassen auch die Lieferketten außerhalb Europas. Genau diese Vorgaben stehen nun unter Druck.

Beim kommenden Europäischen Rat am 15./16. Oktober kommt es auf die Standfestigkeit Deutschlands an, um die EU-Methanverordnung zu sichern. Sorgen Sie dafür, dass Deutschland keiner Verschiebung zustimmt und setzen Sie sich für eine vollständige, wirksame und fristgerechte Umsetzung ein.

Es geht um Glaubwürdigkeit: Wer beschlossene Klimaregeln aussetzt, sobald der Gegenwind zunimmt, verspielt das Vertrauen in die europäische Klimapolitik. Gerade vor der internationalen Klimakonferenz braucht es von der Bundesregierung ein klares Signal: Europa setzt auf Zukunftsfähigkeit und Resilienz statt sich von Partikularinteressen aus der Öl- und Gasindustrie leiten zu lassen.

Eine Verschiebung schafft keine Planungssicherheit für deutsche Importeure, sondern wirft neue rechtliche und politische Fragen auf. Denn ein solcher vom EU-Recht gar nicht vorgesehener Schritt öffnet die Tür für eine komplette Neuverhandlung der Verordnung. Profitieren würde vor allem der Teil der Öl- und Gasindustrie, der die Vorgaben aus der Verordnung ignoriert hat. Vorreiter, die im Vertrauen auf das geltende Recht bereits Investitionen getätigt haben, würden dagegen bestraft.

Wir bitten Sie: Entscheiden Sie sich für Verlässlichkeit und Rechtssicherheit statt Verzögerung und neuer Unsicherheit. Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht und stellen Sie sicher, dass Deutschland einer Verschiebung der Methanverordnung nicht zustimmt.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Niebert

Dieser Brief geht in Kopie auch an Katherina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin und Carsten Schneider, Bundesumweltminister.